

Bad Schwalbach, den 03.03.2023

Niederschrift

Gremium	Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss
Sitzungsnummer	12/XI. Wahlperiode
Datum	Donnerstag, 2. März 2023
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	19:30 Uhr
Ort	KA-Sitzungszimmer

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Joachim Reimann	
----------------------	--

Stellv. Vorsitzender

Herr Matthias Bremser	
-----------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

Mitglied

Herr Daniel Bauer	
Herr Felix Bleuel	
Frau Senia Gomez Garces	
Herr Marsilius Graf von Ingelheim	
Herr Jan Kraus	
Herr Günter Linke	
Herr Georg A. Mahr	
Herr Volker Mosler	
Frau Annette Reineke-Westphal	
Herr Rainer Scholl	

Dezernent

Herr Walter Lieber	
--------------------	--

entschuldigt

Herr Maximilian Faust	
Herr Klaus Gagel MdL	
Herr Christian Herfurth	

Schriftführer

Herr Harald Rubel	
-------------------	--

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

Ausschussvorsitzender Reimann eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mitglieder des HFWD, die Vertreter des Kreisausschusses mit Landrat Kilian, die Gäste der Sitzung und die Mitarbeiter der Verwaltung.

Ausschussvorsitzender Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung bittet Ausschussvorsitzender Reimann um Aufnahme des TOP III. 18 der Kreistagssitzung (DS XI/737: Beitritt zum Brandbrief des Main-Taunus-Kreises, Antrag der AFD Nr. 11/23). Der TOP wird einvernehmlich als TOP 17 in die Tagesordnung des HFWD aufgenommen.

Abg. Bremser bittet um Klärung, ob TOP III. 19 der Kreistagssitzung (Erwerb der Taunuskaserne) tatsächlich in nicht-öffentlicher Sitzung beraten werden muss. Landrat Killian erläutert, dass dies nicht notwendig ist, da weder seitens der Gemeinde Heidenrod noch vom Verkäufer darauf bestanden wird. Dies gelte im Übrigen auch für die Beratung im Kreistag. Das Thema wird TOP 18 in der Tagesordnung des HFWD.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 1	DS	Genehmigung der Niederschrift des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss vom 15. Dezember 2022
--------------	-----------	--

Abstimmungsergebnis: **einstimmig genehmigt**

TOP 2 DS XI/704 Generalsanierung IGS Obere Aar und Berufliche Schulen Untertaunus, Taunusstein-Hahn

Der Projektsteuerer Horst Fuchs gibt einen ausführlichen Sachstandsbericht zur Generalsanierung der Beruflichen Schulen Untertaunus, der durch Landrat Kilian noch an einigen Punkten ergänzt wird.

Ausschussvorsitzender Reimann dankt Herrn Fuchs für seinen Bericht.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 3 DS XI/719 Umstrukturierung, Erweiterung und Sanierung Berufliche Schulen Rheingau, Geisenheim; Statusbericht der Projektsteuerung

Der Mitarbeiter der Verwaltung, Herr Morath, gibt einen ausführlichen Bericht zur Sanierung der Beruflichen Schulen im Rheingau und beantwortet Fragen der Abg. Reineke-Westphal und des Ausschussvorsitzenden Reimann.

Ausschussvorsitzender Reimann dankt Herrn Morath für seinen Bericht.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 4 DS Sachstandsbericht Verwaltungsdigitalisierung Vorstellung durch den Dezernenten Lieber

KB Lieber gibt einen Sachstandsbericht zum Thema Verwaltungsdigitalisierung anhand einer Präsentation (**Anlage 1 der Niederschrift**) und beantwortet Nachfragen der Abg. Bremser und des Ausschussvorsitzenden Reimann. An der weiteren Aussprache beteiligen sich Landrat Kilian und der Abg. Mosler.

Abg. Bremser regt an, in einer separaten Sitzung, ggf. in einem Workshop und eventuell auch mit dem Kreisausschuss, die Thematik zu vertiefen.

Ausschussvorsitzender Reimann dankt KB Lieber für seinen Vortrag.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 5 DS XI/633 Beschlussfassung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr

Ausschussvorsitzender Reimann ruft die Beratung zum Haushaltsplan 2023 auf. Zu Beginn bzw. im Verlauf der Sitzung werden folgende Unterlagen verteilt:

1. **Änderungsliste zum Haushalt, Stand: 1.3.2023** **Anlage 2**
2. **Anträge der Fraktionen, in der vom Ausschussvorsitzenden Reimann festgelegten Reihenfolge** **Anlage 3**
3. **Übersichten zur mittelfristigen Finanzplanung** **Anlage 4**
4. **Haushaltssicherungskonzept RTK 2024 ff.** **Anlage 5**
5. **Änderungsliste nach Beratung HFWD** **Anlage 6**

Landrat Kilian macht zunächst grundsätzliche Bemerkungen zur Haushaltssituation und den Veränderungen gegenüber dem Beratungslauf im Dezember 2022, die durch Herrn Schwalbach ergänzt werden. Fragen des Ausschussvorsitzenden Reimann werden durch Landrat Kilian beantwortet.

Abg. Bauer beantragt um 17.20 Uhr aufgrund des neuen Sachstands eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Die Beratungen werden um 17.30 Uhr fortgesetzt. Abg. Bauer erklärt für seine Fraktion, dass die Anträge seiner Fraktion nicht abgestimmt werden müssen.

Fragen der GRÜNEN-Fraktion zu Veränderungen bei der Änderungsliste werden durch Landrat Kilian beantwortet.

Ausschussvorsitzender Reimann ruft sodann den CDU-Antrag Nr. 1 auf. Hier soll nach dem Abg. Kraus Punkt 3 des Antrages gestrichen werden.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Bauer, Mahr, Mayer, Linke und Scholl. Mit Einverständnis der antragstellenden Fraktion wird der Antrag als Prüfantrag verstanden, mit der Bitte, eine Kostenschätzung bis zur Sommerpause 2023 dem HFWD vorzulegen. In dieser Fassung einstimmig beschlossen.

Zum CDU-Antrag Nr. 2 beteiligen sich die Abg. Kraus, Scholl, Mayer und Landrat Kilian an der Aussprache. Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

Die Anträge der SPD-Fraktion werden auf Hinweis des Fraktionsvorsitzenden Bauer nicht abgestimmt.

Der GRÜNEN-Antrag Nr. 1 (Klimamanagement-Fachkraft) wird durch den Abg. Linke begründet. Abg. Scholl beteiligt sich an der Aussprache.

Der Antrag wird bei

3 NEIN-Stimmen und
JA-Stimmen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

beschlossen.

Grünen-Antrag Nr. 2 und der FDP-Antrag Nr. 2 werden gemeinsam aufgerufen. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Bleuel, Scholl, der den FDP-Antrag zurückstellt, Linke, Mayer, Bremser, Kraus und Ausschussvorsitzender Reimann. Der Grünen-Antrag Nr. 2 wird bei

3 NEIN-Stimmen und
JA-Stimmen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

beschlossen.

Der GRÜNEN-Antrag Nr. 3 wird durch den Abg. Bleuel begründet. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Mayer, Scholl, Bauer, Bremser, Reineke-Westphal, Kraus und Landrat Kilian.

Gemäß dem Abg. Bleuel wird der letzte Satz des Antrages gestrichen. In dieser Fassung wird der Antrag bei

1 NEIN-Stimme und
JA-Stimmen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

beschlossen.

Zum GRÜNEN-Antrag Nr. 4 beteiligen sich an der Aussprache die Abg. Linke, von Ingelheim, Bleuel, Mosler, Mayer und Landrat Kilian. Der Antragstext wird wie folgt geändert:

„Landrat Kilian wird gebeten, sich für die Errichtung von Leitschwellen zwischen Erbach und Hattenheim einzusetzen.“

In dieser Fassung sodann bei

8 JA-Stimmen
6 NEIN-Stimmen und
1 Enthaltung
mehrheitlich

beschlossen.

Zum GRÜNEN-Antrag Nr. 5 beteiligen sich an der Aussprache die Abg. Linke, Kraus und Scholl. Der letzte Satz des Antrages wird gestrichen. In dieser Fassung wird der Antrag bei

1 NEIN-Stimme und
JA-Stimmen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

beschlossen.

Zum GRÜNEN-Antrag Nr. 6 sichern Landrat Kilian und die Verwaltung, nach Rückfrage beim Antragsteller, eine künftige Umsetzung zu.

GRÜNEN-Antrag Nr. 7 (Schaffung einer Vollzeitstelle, E 9a, im Bereich „Mobile Retter“) wird durch den Abg. Bleuel zurückgestellt, nachdem die übrigen Fraktionen hierzu Beratungsbedarf anmelden.

Ausschussvorsitzender Reimann ruft die Anträge der AFD-Fraktion auf. Abg. Mayer erklärt, dass die Anträge en bloc abgestimmt werden können. Die AFD-Anträge werden sodann bei

1 JA-Stimme
NEIN-Stimmen vom Rest des HFWD
mehrheitlich

abgelehnt.

Der FDP-Antrag Nr. 1 wird durch den Abg. Scholl für erledigt erklärt.

FDP-Antrag Nr. 2 wurde bereits zurückgestellt.

FDP-Antrag Nr. 3 wird bei

3 JA-Stimmen
NEIN-Stimmen vom Rest des HFWD
mehrheitlich

abgelehnt.

Ausschussvorsitzender Reimann ruft die Anträge der LINKEN einzeln zur Abstimmung auf.

LINKEN-Antrag Nr. 1 wird bei

3 JA-Stimmen
7 NEIN-Stimmen und
5 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

LINKEN-Antrag Nr. 2 wird bei

3 JA-Stimmen
5 NEIN-Stimmen und
7 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

LINKEN-Antrag Nr. 3 wird bei

NEIN-Stimmen vom Rest des HFWD und
4 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

LINKEN-Antrag Nr. 4 wird bei

NEIN-Stimmen vom Rest des HFWD und
5 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

LINKEN-Antrag Nr. 5 wird bei

3 JA-Stimmen
NEIN-Stimmen vom Rest des HFWD und
4 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

LINKEN-Antrag Nr. 6 wird bei

NEIN-Stimmen vom Rest des HFWD und
4 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

Landrat Kilian bittet um Einrichtung einer weiteren 0,5 VZÄ im Bereich der Fachberatung Kindertagesstätten (**Anlage 7 der Niederschrift**). Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

Ausschussvorsitzender Reimann ruft zur abschließende Abstimmung auf, die auf der Grundlage der Beschlüsse des HFWD vom 2.3.2023 (**Anlage 6 der Niederschrift**) erfolgt.

Der Beschlussvorschlag wird bei

JA-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP
NEIN-Stimme aus der AFD-Fraktion und
Enthaltung aus der FWG-Fraktion
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Der vom Kreisausschuss festgestellte Entwurf der Haushaltssatzung 2023 mit Haushaltsplan wird in der Fassung des Beratungsergebnisses des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses gem. § 97 Abs. 2 HGO beschlossen.
2. Das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2022-2026 wird in der Fassung des Beratungsergebnisses des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses gem. § 101 Abs. 3 HGO beschlossen.
3. Das Haushaltssicherungskonzept wird in der Fassung des Beratungsergebnisses des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses gem. § 92a Abs. 3 HGO beschlossen.

TOP 6 DS XI/684 Kreditneuaufnahmen im IV. Quartal 2022

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 7 DS XI/686 Kontrolle der Beschlüsse des Kreistags; Fortschreibung der Beschlusskontrolle vom 27.09.2022 bis 20.12.2022

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Bleuel, Bauer, Mahr und Landrat Kilian, der einen Vermerk verteilen lässt, der sich auf die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln bezieht (**Anlage 8 der Niederschrift**).

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 8 DS XI/689 Große Anfrage Nr. 12/22 der AfD-Fraktion: Teilnahme des RTK an Förderprogrammen

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 9 DS XI/693 Prüfung der Einführung des Systems "Mobile Retter"; Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 10 DS XI/699 Beantwortung der Fragen zum 6. Sachstandsbericht der Verwaltung zum Stand der Digitalisierung an Schulen

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 11 DS XI/702 Halbjahresbericht zum Stellenplan

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 12 DS XI/703 Wirtschaftliche Betätigung des Rheingau-Taunus-Kreise, Prüfung nach § 121 HGO

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Die Überprüfung der wirtschaftlichen Betätigung des RTK wird zur Kenntnis genommen.
2. Für die aktuelle Wahlperiode wird festgestellt, dass die Beteiligungen des RTK die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO erfüllen und damit keine Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden müssen.

TOP 13 DS XI/706 Große Anfrage Nr. 14 / 22 der FDP Kreistagsfraktion vom 05.12.2022; Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 14 DS XI/675 Masterplan Demografischer Wandel 2030 für den Rheingau-Taunus-Kreis

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung**

Beschluss:

Dem Masterplan Demografischer Wandel 2030 für den Rheingau-Taunus-Kreis wird zugestimmt. Während der Fortschreibung des Masterplans wurde ein Bürgerbeteiligungsverfahren gemäß dem Strategiepapier Bürgerbeteiligung im Rheingau-Taunus-Kreis, DS X / 885, Verfahrenstyp III Crossmediale Bürgerbeteiligung, durchgeführt.

Im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 sind zur Umsetzung des Masterplans Demografischer Wandel finanzielle Mittel in Höhe von 75.000 Euro eingestellt.

TOP 15 DS XI/695 Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung für das Haushaltsjahr 2022 im Produktbereich 06 (Produkt WiJu)

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag genehmigt für das Haushaltsjahr 2022 eine überplanmäßige Aufwendung im Produktbereich 06, Produkt WiJu (wirtschaftliche Jugendhilfe), Kostenart 7251040 (Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform, § 34 SGB VIII) in Höhe von 1.045.000 €. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge im Produktbereich 05, Produkt MIG (Migration), Sachkontengruppe 540-543, Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen

TOP 16 DS XI/728 Bereitstellung überplanmäßiger Mittel gem. § 100 HGO im Rahmen der Corona-Pandemie

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung**

Beschluss:

Für die, aufgrund der Corona-Pandemie entstandenen Mehraufwendungen im Produkt GHA (Gesundheitsangelegenheiten) im Deckungskreis der Kostenartengruppen 60, 61 und 67-69 werden überplanmäßige Mittel gem. § 100 HGO in Höhe von 190.951,17 Euro bereitgestellt. Die Deckung der vorgenannten überplanmäßigen Aufwendungen erfolgt durch Wenigeraufwendungen bei der Kostenartengruppe 77 (Zinsaufwendungen).

TOP 17 DS XI/737 Beitritt zum Brandbrief des Main-Taunus-Kreises; hier: Antrag

Ausschussvorsitzender Reimann ruft den TOP III. 18 der Kreistagssitzung, hier den AfD-Antrag Nr. 11/23 und den konkurrierenden Hauptantrag der CDU-Fraktion (**Anlage 9 der Niederschrift**) zur Beratung auf.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Mayer, Kraus und Bauer. Der Antrag der AfD-Fraktion wird sodann bei

1 JA-Stimme und
NEIN-Stimmen vom Rest des HFWD
mehrheitlich

abgelehnt.

Der konkurrierende Antrag der CDU-Fraktion wird sodann bei

8 JA-Stimmen und
7 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten, sich angesichts der dauerhaft erheblichen Belastungen für den Rheingau-Taunus-Kreis und seine kreisangehörigen Kommunen bei Bund und Land dafür einzusetzen, dass Flüchtlingszuweisungen an den Rheingau-Taunus-Kreis nur in einem die Strukturen im Kreis nicht überfordernden Maße erfolgen sollen.

Dazu beschließt der Kreistag die folgende Erklärung:

Der Rheingau-Taunus-Kreis und seine Städte und Gemeinden leisten seit langem ihren Beitrag zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen im Kreisgebiet. Spätestens seit Beginn des verbrecherischen Überfalls Russlands auf die Ukraine sind die Zahlen der zu uns kommenden Menschen noch einmal deutlich angestiegen. Mittlerweile werden zwei Sporthallen im Kreisgebiet als Notunterkünfte genutzt und fallen für ihren eigentlichen wichtigen Zweck aus. Immer mehr Menschen müssen in großen Unterkünften in sehr beengten Verhältnissen leben. Integrationsarbeit kann so kaum stattfinden. Die Kräfte von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Akteuren sind erschöpft.

Wir haben uns der Herausforderung konstruktiv und mit viel Energie, Arbeitskraft und finanziellen Mitteln gestellt. Zunehmend geraten wir jedoch an die Grenzen unserer Möglichkeiten. Dies kann kurz- und vor allem langfristig zu erheblichen sozial- und integrationspolitischen Problemen führen.

Deswegen muss jetzt schnell gegengesteuert werden.

Wir fordern eine sofortige Begrenzung des Zustroms an Flüchtlingen nach Deutschland. Das Grundrecht auf Asyl ist ein hohes Gut in unserem demokratischen und freien Rechtsstaat. Gerade aus diesem Grund aber muss genau betrachtet werden, wer dieses Recht in Anspruch

nehmen darf. Menschen, die illegal in unser Land einreisen, müssen zudem konsequent und schnell rückgeführt werden. Das gilt auch für Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde oder denen das Bleiberecht entzogen wurde.

Die Kommunen stehen so oder so vor der gewaltigen finanziellen, politischen und technischen Aufgabe, nicht nur in kurzer Zeit zusätzlichen Wohnraum in erheblicher Größenordnung zu schaffen, sondern auch eine wenigstens teilweise erfolgreiche Integration der hier bleibenden Menschen zu ermöglichen:

Während es an Fachkräften und damit Betreuungsplätzen in den Kitas fehlt, kommen auf das verbliebene Personal nun neue Belastungen bei Sprachförderung, Elternarbeit und besonderem Betreuungsbedarf zu.

Während Deutschland über gravierenden Lehrermangel und ausfallenden Unterricht diskutiert, müssen Tausende von Schülern ohne Deutschkenntnisse in den Schulalltag integriert und für deutsche Schulabschlüsse fit gemacht werden.

Unser Kreis und seine Städte und Gemeinden sind stark.

Wir ducken uns vor dieser Situation nicht weg, sondern wir übernehmen Verantwortung. Aber wir fordern auch, dass man uns die Möglichkeit gibt, diese Herausforderung erfolgreich und mit breiter Unterstützung der Bevölkerung zu bewältigen. Wir fordern zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger und der Menschen, die zu uns kommen, dass wir nicht nur aufnehmen müssen, sondern auch integrieren können. Dafür müssen national und international dringend konkrete Entscheidungen getroffen werden. Die kommunale Familie darf nicht allein gelassen werden.

**TOP 18 DS XI/718 Erwerb einer Teilfläche der ehemaligen Taunuskaserne, Grundstücke Gemeinde Heidenrod, Gemarkung Kemel, Flur 6, Flst. 53/1;
hier: Ankauf der Taunuskaserne in Abstimmung mit der Gemeinde Heidenrod zur Sicherung öffentlicher Belange**

Landrat Kilian gibt einen umfassenden Bericht zur Thematik, lässt weitere Informationen verteilen (**Anlage 10 der Niederschrift**) und beantwortet Fragen des Abg. Bremser. An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Abg. Mahr und Reineke-Westphal. Die Vorlage wird sodann bei

1 NEIN-Stimme und
JA-Stimmen vom Rest des HFWD
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Die Absicht einer einvernehmlichen Entwicklung des Areals der ehemaligen Taunuskaserne in Heidenrod-Kemel unter Wahrung öffentlicher Interessen wird zur Kenntnis genommen.

Dem Erwerb des Grundstücks Gemarkung Kemel, Flur 6, Flst. 53/1 mit einer Größe von 33.203 m² zu einem Kaufpreis von 1,7 Mio. € zzgl. Nebenkosten wird zugestimmt.

TOP 19 DS TO der KT-Sitzung am 07. März 2023

Die Empfehlungen zur Tagesordnung sind in der **Anlage 11** beigelegt.

TOP 20 DS Verschiedenes

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Ausschussvorsitzender Reimann schließt die Sitzung um 19.30 Uhr und dankt dem HFWD für die konstruktive Beratung.

Bad Schwalbach, 3. März 2023

.....
(Joachim Reimann)
Ausschussvorsitzender

.....
(Harald Rubel)
Schriftführer